Informationen aus der letzten öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 19.10.2021

1. Bericht über die in der letzten nicht-öffentlichen Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse

Der Gemeinderat hat die Besetzung für die vakante Stelle der Hauptamtsleitung beschlossen.
 Der Gemeinderat hat beschlossen, das seine weitere Gruppe im Flößerkindergarten errichtet wird.
 Der Gemeinderat hat Grundstückskäufe und -verkäufe beschlossen.
 Der Gemeinderat hat sich mit diversen Personalangelegenheiten befasst.

2. Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

3. Neugestaltung des Friedhofs - Östlicher Teil

- a) Gärtnergepflegte Grabfelder
- b) Satzungsänderung
- c) Anlegung eines Sternengrabfeldes
- d) Frostfreie Wasserstelle

a) Gärtnerbetreute Grabfelder

Der Technische Ausschuss hat in seiner Sitzung vom 16.06.2020 der Weiterführung einer Friedhofskonzeption und der konkreten Maßnahme „Errichtung gärtnergepflegte Grabfelder“ zugestimmt. Oft fällt es den Angehörigen schwer, regelmäßig die Grabstätte zu besuchen und zu pflegen. Altersbedingt oder durch Krankheit, Wegzug oder längere Auswärtsaufenthalte lassen die laufende und notwendige Grabpflege schwierig oder unmöglich werden. Die pflegebetreuten Grabfelder sind eine Alternative zu den jetzigen Bestattungsformen, mit wenig oder ohne Pflegeaufwand für die Angehörigen. Die Blumenbeetbereiche werden jahreszeitlich mit Saisonpflanzen bepflanzt. Durch die Bepflanzung erhält das Grabfeld einen harmonischen Charakter. Die Gestaltung der Grabfelder obliegt ausschließlich der Genossenschaft in Zusammenarbeit mit den Friedhofsgärtnern vor Ort. Es besteht die Möglichkeit, eine Steckvase und Grablampe auf das Grab zu platzieren, sonstiger Grabschmuck ist nicht zulässig.

Die Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner wurde von der Verwaltung beauftragt, zwei Varianten zu planen. Die erste Variante zeigt drei Urneninseln in der Mitte, mit je vier Urnenwahlgräber und einer gemeinsamen Stele, am Rand fügen sich zwei Erdreihengräber, Urnenwahl- sowie Urnenreihengräber ein. Hierdurch werden 113 neue Grabstätten gewonnen. Die zweite Variante ist an die ersten Variante angelehnt, hier befindet sich jeweils eine Urneninsel oben mit je vier Urnenwahlgräber und einer gemeinsamen Stele sowie eine an der unteren Seite. Durch diese Variante ergeben sich 95 neue Grabstätten. Die Breite des wassergebundenen Wegs beträgt bei beiden Variante über 1,20 m.

In der Sitzung werden die Entwürfe durch einen Vertreter der Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner vorgestellt.

Für den wassergebundenen Weg liegen zwei Angebote vor:

Firma	Gesamtsumme (Brutto)
Roland Burkard Bauunternehmen, Steinmauern	6.320,09 EUR
	11.566,31 EUR

Die Verwaltung schlägt für die Arbeiten des wassergebundenen Wegs die Fa. Burkart, Steinmauern zum Preis von 6.320,09 EUR vor.

b) Satzungsänderung

Durch die Einführung der gärtnerbetreuten Grabfelder, ist die Friedhofssatzung durch den § 13a zu ergänzen.

§ 13a

- (1) Die Gemeinde weist auf dem Friedhof ein gärtnerbetreutes Grabfeld aus. Eine Grabstelle innerhalb dieses Grabfeldes wird nur dann an Nutzungsberechtigte vergeben, wenn diese gleichzeitig einen Grabpflegevertrag mit der Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner eG abschließen.
- (2) In dem gärtnerbetreuten Grabfeld werden die in § 10 Abs. 2 Nr. 1-4 aufgeführten Grabstätten angeboten.
- (3) Die vorgesehenen Gräber werden von der Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner eG unabhängig von einer Belegung bepflanzt und gepflegt. Eine eigene Pflege sowie Gestaltung durch die Grabnutzungsberechtigten ist nicht zulässig und auch nicht erforderlich. Das Anbringen von Grabzubehör wie Grablichter, feststehende Vasen, Schalen, etc. sind nach Absprache der Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner eG möglich. Grabeinfassung jeglicher Art und Grababdeckungen sind nicht zulässig.

Aufgrund hoher Nachfragen zur Grababdeckung sollte der § 15 geändert werden:

Bisher lautet § 15 Abs. 2:

- (2) „Grababdeckende Platten sind nicht zulässig. Mindestens 40 % der Grabstätte müssen als mögliche Pflanzfläche freigehalten werden.“

Dieser soll, wie folgt, ergänzt werden:

- (2) *„Grababdeckende Platten sind bei Erdgräbern nicht zulässig. Mindestens 40 % der Grabstätte müssen als mögliche Pflanzfläche freigehalten werden. Für Urnengräber gilt diese Regelung nicht.“*

c) Sternengrabfeld

Damit Eltern von Kindern, die während der Schwangerschaft sterben und weniger als 500 Gramm wiegen, in vertrauter Umgebung trauern können, soll eine kleine Fläche als Sternengrabfeld ausgewiesen werden (neben der Leichenhalle, links D2). Für jedes verstorbene Kind wird ein Sandstein auf dem Feld ausgelegt.

Die Kosten für das Öffnen und Schließen des Grabes übernimmt die Gemeinde, das Anfertigen und Setzen eines kleinen Gedenksteins (Kiesel) mit Beschriftung übernehmen die Angehörigen selbst. Es sind sowohl Urnen- als auch Erdbestattungen möglich. Für das Grab gelten die Bestimmungen entsprechend der Friedhofssatzung analog zum Kindergrab, d.h. die Ruhefrist beträgt 15 Jahre, eine Verlängerung ist nicht möglich. Der Bauhof kümmert sich um die Umrandung des Feldes.

d) Frostfreie Winterwasserstelle

Aufgrund hoher Nachfragen, wird eine frostfreie Winterwasserstelle von der Fa. **RöITec, Burscheid** geliefert. In der Regel wird das Wasser auf dem Friedhof von November bis März aus witterungstechnischen Gründen abgestellt.

Durch die frostfreie Winterwasserstelle kann auch im Winter (bis -5 Grad) Wasser entnommen werden, ohne dass man Gefahr läuft die Wasserstelle durch Frostschäden zu zerstören.

Von Seiten des Gemeinderates wird angefragt ob nur das neu anzulegende Feld als gärtnergepflegtes Grabfeld in Betracht kommt oder ob auch andere Gräber durch die Gärtnerei gepflegt werden könnten. Laut Auskunft des Vertreters der Friedhofsgenossenschaft sind gärtnergepflegte Gräber nur in dem genannten Feld möglich. Dieses kann jedoch bei Bedarf Richtung Süden erweitert werden.

Es wird außerdem angefragt ob die 2 geplanten Sarggräber nach Variante 1 ausreichend sind. Bei Bedarf können nach Auskunft des Vertreters weitere Sarggräber angelegt werden. Die Belegung des Grabfeldes findet schließlich laufend statt.

Die Frage nach den Kosten wird mit 120 bis 250 EUR pro Jahr für die Gärtnerpflege beantwortet. Ein Gemeinderat fragt nach ob für die Urnengräber welche eine Liegezeit von 20 Jahren haben auch verrottende Urnen gewählt werden könnten. Laut Bauhofleiter Reiß ist dies unüblich. Bei verrottenden Urnen verbleibt einerseits ein Abdruck. Außerdem können Umbettungen welche hin und wieder vorkommen, damit nicht durchgeführt werden, worauf auch eine Gemeinderätin hinweist. Bei den nicht verrottenden Urnen wird bereits heute bei Ablauf der 20 Jahre ein evtl. verbleibender Restinhalt der Urne im Grab belassen.

Ein Gemeinderat fragt an, ob beim geplanten Sternengrabfeld für ungeborene Kinder auch die Namen hinterlegt werden können. Laut Auskunft des Vorsitzenden ist dies nicht geplant. Pro Kind wird ein Sandsteinstern auf das Feld gelegt. Die Sterne können auch an einen Wunschbaum gehängt werden.

Ein Gemeinderat fragt an ob die geplante frostfreie Wasserentnahmestelle auch an der Seite des Friedhofsgebäudes anstatt beim hinteren Eingang installiert werden könnte. Bauhofleiter Reiß erklärt hierzu, dies ist technisch nicht möglich, da das Gebäude nicht unterkellert ist und somit der komplette Weg aufgedigelt werden müsste.

Die Frage eines Gemeinderates nach dem Beginn der Erschließung des gärtnergepflegten Grabfeldes wird mit einem Beginn der Arbeiten am Weg für November/Dezember sowie dem Beginn der Erschließung des Grabfeldes im Frühjahr beantwortet.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

- a) die Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner zu beauftragen, die Variante 1 auf dem Friedhof in Steinmauern auszuführen.
- b) die Vergabe der Garten- und Landschaftsbauarbeiten in Höhe von 6.320,09 EUR an die Firma Burkart, Steinmauern zu vergeben.
- c) der Satzungsänderung stattzugeben.

4. Forstangelegenheiten

a) Vollzug Forstwirtschaftsplan 2020

b) Sachstandsbericht Forstwirtschaftsplan 2021

c) Beratung und Beschlussfassung Forstwirtschaftsplan 2022

a) Vollzug Forstwirtschaftsplan 2020

Der Vollzug des Forstwirtschaftsplanes 2020 ist wie der Vollzug der Jahre 2018 und 2019 noch nicht abgeschlossen.

Es erfolgt mündlicher Bericht in der Sitzung.

b) Sachstandsbericht Forstwirtschaftsplan 2021

Der Forstwirtschaftsplan 2021 wird durch Forstdirektor Thomas Nissen und Revierleiter Tobias Scholz in der Sitzung näher erläutert.

c) Beratung und Beschlussfassung Forstwirtschaftsplan 2022

Der Verwaltungshaushalt 2022 weist ein kassenwirksames Defizit von 28.400,- € aus. Hinzu kommen noch Ausgaben für Innere Verrechnungen von 11.500,- €.

Durch den um etwa 30% reduzierten Holzeinschlag können nur 35.800,- € bei den Holzeinnahmen angesetzt werden. Dieser Verlust an Holzerlösen verschlechtert das finanzielle Gesamtergebnis um 10.000,- bis 15.000,- € im Vergleich zu den letzten Jahren und kann im Moment leider nicht durch andere Mehreinnahmen oder Minderausgaben ausgeglichen werden.

Eine Reduzierung des aktuellen Holzeinschlags um 30 % ist nötig, weil im Winter 2019 / 2020 aufgrund Eschentriebsterbens, Tornado August 2019 und Dürre mehr als die doppelte Menge an Holz aufgearbeitet werden musste als üblich.

Es bleibt eine forstpolitische Aufgabe, andere gesellschaftlich geforderte Leistungen des Waldes als die der Holznutzung finanziell honoriert zu bekommen.

Im Vermögenshaushalt sind für die Erstellung eines Waldlehrpfades 10.000,- € angesetzt.

Ein Gemeinderat fragt im Zuge der hohen Waldschäden durch Eschentriebsterben, Dürre und Stürme nach, weshalb dennoch eine Planung des Holzeinschlags erfolgt. Schließlich ist der Einschlag welcher aufgrund von Schäden geschieht, deutlich höher als der geplante Einschlag. Herr Nissen führt hierzu aus, dass auftretende Schäden teilweise in die Planung miteinbezogen werden, beispielsweise beim Eschentriebsterben kann man die notwendigen Holzeinschläge relativ gut voraussehen. Des Weiteren wird auch im Nachhinein dokumentiert wie hoch die Einschläge aufgrund von Schäden waren. Dadurch lässt sich dann die künftige Planung anpassen und in diesem Fall in notwendiger Weise reduzieren.

Herr Scholz stellt die Planungen für den Waldlehrpfad vor. Verschiedene Gemeinderäte sprechen sich dafür aus, dass für die Einrichtung des Pfades möglichst preisgünstige Schilder aus Holz gewählt werden sollen. Außerdem könnte eine künstlerische Gestaltung der Schilder durch den Kindergarten oder Schülerhort erfolgen und die Einrichtung des Pfades als Event mit diesen Einrichtungen gestaltet werden. Revierleiter Scholz bestätigt, dass man ein entsprechendes Event vorbereiten wird.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Ergebnis des Forstwirtschaftsjahres und von der laufenden Haushaltsentwicklung und beschließt einstimmig den vorgestellten Haushaltsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2022.

5. Regio Energie GbR Antrag auf Förderung des Anschlussvorhabens

Der Förderzeitraum des Vorhabens „Einstellung eines Klimaschutzmanagers für die RegioENERGIE-Kommunen“ endet am 30.06.2022. Um über diesen Zeitpunkt hinaus eine Förderung zu erhalten, ist es notwendig, einen Antrag auf Förderung des sog. Anschlussvorhabens zu stellen. Im Anschlussvorhaben reduziert sich die Förderquote auf 40% der Ausgaben, wobei bei einer Antragsstellung bis zum 31.12.2021 pauschal 10 Prozentpunkte mehr gewährt werden. Dadurch erhöht sich die Förderquote auf 50%. Der Förderzeitraum für das Anschlussvorhaben beläuft sich auf 2 Jahre. Bei positivem Beschluss für das Anschlussvorhaben kann somit ohne Unterbrechung an das Erstvorhaben, welches zum 30.06.2022 ausläuft, angeknüpft werden.

Es gilt hierbei zu beachten, dass die Förderung des Anschlussvorhabens überwiegend der Umsetzung weiterer Maßnahmen(schritte) aus dem Klimaschutzkonzept, sowie der Umsetzung während des Erstvorhabens neu entwickelter Maßnahmen dient. Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen. Maßnahmen, die bereits jetzt priorisiert sind, können im Anschlussvorhaben nicht gefördert werden.

Mit dem Projektträger Jülich (PtJ) wurde bereits geklärt, dass Maßnahmen, die als fortlaufend konzipiert wurden, im Anschlussvorhaben weitergeführt werden können.

Zu diesen Maßnahmen zählen zum Beispiel „Netzwerkmanagement“, „Ausbauintiative Photovoltaik“ oder „Interkommunale Arbeitskreise“. Zusätzlich wird die prozessbegleitende Öffentlichkeitsarbeit weiterhin gefördert.

Konkret besteht folgender Handlungsbedarf: Aus den bestehenden (nicht-priorisierten) Klimaschutzmaßnahmen müssen diejenigen ausgewählt werden, für die wir im Anschlussvorhaben För-

derung erhalten möchten. Außerdem gibt es die Möglichkeit, neue Maßnahmen zu entwickeln, um damit neue Schwerpunkte zu setzen.

Maßnahmen des Anschlussvorhabens:

Folgende neue Maßnahmen sollen im Anschlussvorhaben der RegioEnergie Kommunen durchgeführt werden:

Nachhaltige Beschaffung auf Netzwerkebene

Die erste der neu konzipierten Maßnahmen wird eine Nachhaltige Beschaffung auf Netzwerkebene sein. Hierfür arbeitet der Interkommunale Arbeitskreis „Beschaffung“ gerade ein Konzept aus. Ziel dieser neu entwickelten Maßnahme ist die Einführung einer Dienstanweisung Nachhaltige Beschaffung in allen Netzwerk-Kommunen. Über den Zeitraum von zwei Jahren sollen zunächst einfach zu ersetzende Produkte nachhaltiger beschafft werden, bevor am Ende der Förderzeit alle Produkte, die in der Dienstanweisung genannt werden, nachhaltig beschafft werden.

Die Öffentliche Hand in Deutschland hat ein Einkaufsvolumen von rund 480 Mrd. Euro pro Jahr (2010), d.h. rund 19% des Bruttoinlandsprodukts. Die nachhaltige Beschaffung dient nicht nur der Umwelt, sondern führt in der Gesamtkostenbetrachtung zu Einsparungen.

Grundsätzlich sind Waren und Produkte aus regionaler, möglichst ökologischer Produktion zu bevorzugen. Bei den Waren und Produkten, die generell oder jahreszeitlich bedingt nur als Importware aus den sogenannten Dritte-Welt-Ländern zur Verfügung stehen, dürfen nur diejenigen Berücksichtigung finden, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt worden sind. Dabei ist Waren und Produkten aus fairem Handel der Vorzug zu geben, sofern ein entsprechendes Angebot verfügbar ist. Folgende Produktgruppen sind möglich: Agrarprodukte (Kaffee, Kakao, Tee), Büroartikel und -möbel, elektronische Bauteile oder Produkte, Hygieneartikel, Natur- und Pflastersteine, Reinigungsmittel und Tenside, Spielwaren, sowie Werbeartikel.

Von den Dienststellen ist zu prüfen, ob die Neubeschaffung wirklich erforderlich ist oder ob die Weiterverwertung/-nutzung oder eine Reparatur die wirtschaftlichere und nachhaltigere Lösung darstellt. Zu beschaffende Produkte können unter Berücksichtigung verschiedener Kriterien in ihrer Nachhaltigkeit bewertet werden. Diese könnten sein: Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit, Verwendung von nachwachsenden Rohmaterialien, Entsorgungseigenschaften und Wiederverwertbarkeit, Vermeidung von gefährlichen Stoffen im Produkt, sowie Vermeidung dieser bei der Herstellung.

In jährlichen Berichten wird der aktuelle Stand der Umsetzung veröffentlicht.

Bewusstseinsbildende Veranstaltungen mit hoher Strahlkraft

Ziel ist es hier, die Durchführung und Nachbereitung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen abzubilden. Konkrete Veranstaltungen sind zum Beispiel der Klimathon in Frühjahr, Stadtradeln im Sommer und die Energiewendetage im Herbst. Es soll ganzjährig ein unterhaltsamer und bewusstseinsbildender Mehrwert für die Bürger:innen der Netzwerk-Kommunen geschaffen werden.

Bisher wurde die Organisation dieser Veranstaltungen zusätzlich zum normalen Arbeitspensum durchgeführt. Dadurch konnte wahrscheinlich nicht das volle Potential erreicht werden, die Arbeit an den Veranstaltungen musste sich „unterordnen“. Gerade die Planung und Koordination der Bewerbung nimmt erfahrungsgemäß sehr viel Zeit in Anspruch.

Gleichzeitig eignen sich solche Veranstaltungsformate sehr gut dazu, Bürger:innen zu erreichen und für den Klimaschutz zu aktivieren. Ebenso wird über diese Veranstaltungen eher in der Lokalpresse berichtet. Es ist also von mehreren Perspektiven aus sehr sinnvoll, diesen Veranstaltungen einen festen Platz in unserem Klimaschutzprojekt zu sichern.

Im Rahmen dieser Maßnahme soll die Planung, Durchführung und Bewerbung von Veranstaltungen im Verbund besser koordiniert werden. Es sollen alle Medien, die den Kommunen zur Verfügung stehen, mit Werbung für die Teilnahme bespielt werden. Dadurch soll ein stringentes Auftreten entstehen, und den Bürger:innen gezeigt werden: „Die RegioENERGIE Kommunen sind engagiert in Sachen Klimaschutz“.

Initiative Pro Elektro

Durch die neue Maßnahme *Initiative Pro Elektro* sollen Verbraucher:innen, unabhängige Berater:innen und Händler:innen der Region zusammengeführt werden. Zusätzlich werden die Bemühungen der Kommunen, ihren Fuhrpark zu elektrifizieren, öffentlich präsentiert. Als Vorbild dient die Ausbauintiative Photovoltaik, die erfolgreiche Beratungskampagne in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Mittelbaden und dem PV-Netzwerk. Im Gegensatz dazu sollen Veranstaltungen im Rahmen der *Initiative Pro Elektro* nicht während einer Aktionswoche veranstaltet werden, sondern bestehende Volks- und Straßenfeste flankieren. Bei diesen Gelegenheiten hat die Kommunalverwaltung die Chance, ihren Fortschritt in der Elektrifizierung der Fahrzeuge zu präsentieren.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass bei den Bürger:innen der RegioENERGIE Kommunen durchaus Interesse zum Thema Elektromobilität besteht. Zudem werden E-Fahrzeuge sowie private Ladeinfrastruktur aktuell gefördert. Gerade in diesen Bereichen ist es möglich, dass die RegioENERGIE hier Kompetenz aufbaut und sich als Marke entwickelt. Aktuell gibt es zum Beispiel bei der Energieagentur Mittelbaden keine Angebote zum Thema Elektromobilität. Wir könnten dieses Feld besetzen und den Bürger:innen ein nützliches Zusatzangebot schaffen, ohne der Energieagentur in den Weg zu gelangen.

Monitoring und Verstetigung

Damit die Zukunft der Klimaschutzanstrengungen im Verbund gesichert ist, wird eine geeignete Verstetigungsstrategie im Rahmen der Maßnahme *Monitoring und Verstetigung* entwickelt. Das Ergebnis dieser Maßnahme ist, bis zum Ende des Anschlussvorhabens, eine in den politischen Gremien der Mitgliedskommunen beschlossene Verstetigungsstrategie der Klimaschutzaktivitäten im Rahmen der RegioENERGIE vorweisen zu können.

Die Verstetigungsstrategie zielt darauf ab, das vom Land Baden-Württemberg definierte Ziel der „klimaneutralen Verwaltung bis 2045“ zu erreichen. Für die Kernbilanz der klimaneutralen Kommunalverwaltung sind folgende Bereiche zu berücksichtigen:

1. Energieverbrauch in den Liegenschaften der Kommune
2. Energieverbrauch der Straßenbeleuchtung
3. Energieverbrauch für die Wasserver- und -entsorgung
4. Energieverbrauch des Fuhrparks
5. Dienstreisen

Darüber hinaus werden für die Kommunen Reduktionspfade definiert, die auf das Ziel der klimaneutralen Verwaltung bis 2045 hinwirken sollen. Die Einhaltung der Treibhausgasreduzierung soll jährlich durch gezieltes Monitoring erfolgen. Hierbei soll ein für alle RegioENERGIE Kommunen anwendbarer Prozess entwickelt werden, der im Besten Fall zu großen Teilen automatisiert abläuft.

Neben diesen Eckpunkten soll in dieser Maßnahme die Fortführung der prozessbegleitenden Netzwerkarbeit und der Öffentlichkeitsarbeit mitsamt wirksamer Veranstaltungen für einen Zeitraum von drei Jahren budgetiert werden.

Klimaschutzmanager Herr Solar stellt die geplanten Maßnahmen für das Anschlussvorhaben in der Sitzung vor.

Finanzielle Auswirkungen:

Bisher wurde die Personalstelle des Klimaschutzmanagers über die Kommunalrichtlinie durch den Bund zu 65 % gefördert, sodass die 11 RegioENERGIE-Kommunen gemeinsam lediglich einen Anteil von 35 % tragen mussten. Neben den Personalkosten sind außerdem auch Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, Dienstreisen und allgemeine Aufträge förderfähig.

Beim Anschlussvorhaben hingegen verringert sich diese Förderquote auf 40 % zzgl. 10 % bei Antragstellung bis Ende des Jahres, sodass die Kommunen und der Bund letztendlich die Kosten jeweils zu 50 % tragen müssen.

Die jährlichen Personalkosten belaufen sich derzeit auf knapp 60.000 € (inkl. Lohn, Sozialversicherungsbeiträge, Versorgungskasse und Sonderzahlungen). Hinzu kommen Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, Dienstreisen und allgemeine Aufträge in Höhe von voraussichtlich 20.000 €. Dadurch ergibt sich die folgende Berechnung für das 24 Monate andauernde Anschlussvorhaben:

Personalkosten für 2 Jahre	120.000,00 €
Öffentlichkeitsarbeit, Dienstreisen und allgemeine Aufträge	20.000,00 €
<hr/>	
Zwischensumme	140.000,00 €
Anteil Bund	70.000,00 €
Anteil Kommunen	70.000,00 €
<hr/>	
bei 11 RegioENERGIE-Kommunen	6.363,63 €

Anteil pro Kommune

Ein Gemeinderat fragt nach ob alle 11 RegioENERGIE Kommunen beim Anschlussvorhaben teilnehmen. Bei reduzierter Anzahl würde sich schließlich der individuelle Anteil erhöhen. Herr Solar erläuterte 8 positive Beschlüsse wurden bereits gefasst. Neben Steinmauern stehen noch 2 weitere Beschlüsse aus. Voraussichtlich werden jedoch alle Kommunen am Anschlussvorhaben teilnehmen.

Es wird weiter gefragt ob es nicht sinnvoller sei, mehr Maßnahmen zur Einsparung bei den privaten Haushalten durchzuführen, da hier das Potential größer sei.

Der Klimaschutzmanager bestätigt das große Potential, weist jedoch auf die begrenzte Einflussnahmemöglichkeit hin. Es ist jedoch geplant mehr Veranstaltungen durchzuführen bei denen die Bürger mitgenommen werden wie beispielsweise Stadtradeln, der Klimathon sowie die Energiewendetage.

- a) Der Gemeinderat beschließt einstimmig Herrn Solar zu beauftragen, den Antrag auf Förderung des Anschlussvorhabens auszuarbeiten und die darin enthaltenen Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus beschließt der Gemeinderat, den oben genannten Eigenanteil von 6.363,63 € für die Umsetzung des Anschlussvorhabens für die Dauer von zwei Jahren bereit zu stellen.
- b) Die Gemeinde Steinmauern verpflichtet sich auf eine Umsetzung der Maßnahmen hinzu-

wirken.

6. Energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung hier: Vergabe der Planungsleistungen

Der Gemeinderat hat sich in der Sitzung vom 21.09.2021 mit der energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung befasst. Auf die Vorlage 200/2021 wird verwiesen. In der Sitzung wurde der Beschluss gefasst, die Straßenbeleuchtung im kommenden Jahr auf LED umzustellen. Die Investitionskosten hierfür belaufen sich wie benannt auf etwa 155.000 EUR.

Von Seiten des Gemeinderates gab es jedoch Rückfragen zu den Planungsleistungen. Zum einen sind nicht alle notwendigen Leistungsphasen vom Angebot abgedeckt, zum anderen wurde die Verwaltung beauftragt, das Angebot nach Möglichkeit nachzuverhandeln.

Die Verwaltung hat zwischenzeitlich Rücksprache mit einer Nachbarkommune gehalten, die ebenfalls die LED Umstellung durchführen wird. Dort werden alle 8 Leistungsphasen durch die Planungsfirma übernommen.

Nach nochmaliger Rücksprache mit der Netze BW hat diese bestätigt, dass man zumindest die Leistungsphase 5 noch in das Angebot mitaufnehmen muss, da diese Leistungsphase nicht selbst durch die Verwaltung zu leisten ist.

Die Leistungsphasen 6-8 wird die Gemeinde in Eigenleistung durchführen.

Der Wunsch der Verwaltung ist es, dass sich die Netze BW bei der Ausschreibung beteiligen kann, da aufgrund der letzten LED Umstellung sowie des mit der Netze BW abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages zur technischen Unterhaltung der Straßenbeleuchtung entsprechende Synergieeffekte erreicht werden können.

Die Verwaltung hat außerdem im Rahmen der Nachverhandlung erreicht, dass nicht mehr der Mittelsatz, sondern nun der Basissatz nach HOAI Grundlage des Angebotes ist.

Hierbei lassen sich pro Leistungsphase Kosten einsparen, die beiden Angebote sind zur besseren Übersicht nochmals als Anlage beigefügt.

Durch Aufnahme der Leistungsphase 5 beläuft sich die Angebotsendsumme nun auf 19.066,81 EUR brutto, zzgl. 5 % Nebenkosten.

Ursprünglich sollten die weiter notwendigen Leistungsphasen von der ausführenden Firma übernommen werden. Dies kann nun entfallen. Somit spart man letztendlich die Kosten für die Phasen 6 – 8 ein.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Vergabe der Planungsleistungen für die LED Umstellung der Straßenbeleuchtung zu einem Preis von 19.066,81 EUR brutto zzgl. 5% Nebenkosten an die Netze BW GmbH. Die Verwaltung wird mit der Auftragserteilung an die genannte Firma beauftragt.

7. Verkehrsschau 2021 Ergebnisbericht

Am 13.09.2021 waren Vertreter des Landratsamtes Rastatt, Straßenverkehrsamt, Straßenmeisterei, der Polizeidirektion Offenburg, sowie der Fraktionen des Gemeinderates zur turnusgemäßen Verkehrsschau geladen.

Folgende Themen/Punkte wurden beraten:

1. Fahrradüberweg Parkplatz am Rathaus

- Verkehrsführung

An der Kreuzung kommt es vermehrt zu Unstimmigkeiten bezüglich der Vorfahrtsregel zwischen Fahrradfahrer und PKW-Fahrer. Auch das beidseitige Befahren des Fahrradweges wurde angeregt.

Ergebnis: Durch den roten Fahrstreifen erhalten Fahrradfahrer Vorfahrt, dadurch ist die Verkehrsführung eindeutig geregelt und benötigt keine weiteren Schilder. Eine Nutzung des roten Streifens in beide Richtungen ist nicht möglich und widerspricht dem Rechtsfahrgebot. Ein Radweg der in beide Richtungen verläuft benötigt mindestens eine Breite von 2,50 m, welche durch die Gegebenheiten nicht möglich sind. Für Autofahrer und Fahrradfahrer, die vom Parkplatz auf die Plittersdorfer Straße abbiegen, besteht eine Wartepflicht. Damit das Vorfahrtschild auf der Plittersdorfer Straße von Plittersdorf kommend besser ersichtlich ist, wird das Verkehrsschild zur Straße um 2,50 m verlängert.

2. Verkehrskreisel Plittersdorfer Straße

Beim Einfahren in den Kreisverkehr haben die Autofahrer Vorfahrt und die querenden Fußgänger müssen Vorfahrt gewähren. Beim Verlassen des Kreisverkehrs müssen die Autofahrer gegenüber den querenden Fußgängern Vorfahrt gewähren. Dies wird am Kreisverkehr an der Plittersdorfer Straße nicht immer so praktiziert. Daher wurde angeregt Fußgängerüberwege zu schaffen.

Ergebnis: Ein Fußgängerüberweg sollte einen Abstand zur Kreuzung von 4 m vorweisen. Momentan besteht eine Querungshilfe, diese hat nicht den gewünschten Abstand zum Kreisverkehr. Die Querungshilfe sollte daher nach hinten versetzt oder verlängert werden um einen ausreichenden Abstand zur Straße zu ermöglichen. Nach Beurteilung der Straßenverkehrsbehörde des Landratsamtes Rastatt, ist die Errichtung eines Fußgängerüberwegs nur dann sinnvoll, wenn die Umsetzung an allen vier Ästen mit ausreichender Beleuchtung umgesetzt wird. Die Sichtverhältnisse an einem Ast in Fahrtrichtung Plittersdorf kann nicht hergestellt bzw. gewährleistet werden, da die Sichtverhältnisse unter 50 m liegen. Eine endgültige Entscheidung von Seiten der Straßenverkehrsbehörde liegt uns noch nicht vor.

Der Gehweg im Bereich des Kreisverkehrs soll als Fußweg ausgeschildert werden, da Begegnungsverkehr mit Fahrrädern im Kurvenbereich von Seiten der Verkehrspolizei kritisch gesehen wird. Die Radverkehrsführung soll auf die L78a geleitet werden.

3. Radweg Laurötterstraße/Plittersdorfer Straße/Fahrbahnmarkierung

Erneut wurde angeregt, den Radweg entlang der Plittersdorfer Straße analog der Markierung auf Höhe Steinäcker und Laurötterstraße zu bevorzugen.

Ergebnis: Eine analoge Markierung kann nicht umgesetzt werden, da die Fortführung des Radweges entlang der Parallelstraße Plittersdorfer Straße zu schmal ist. Um die Fahrradfahrer zusätzlich zur Beschilderung „Fahrradweg endet“ hinzuweisen, wird anhand eines Vorfahrt gewähren Piktogramms ein Anhaltspunkt am Fahrradweg geschaffen. Zusätzlich wird im Bereich der Laurötter Straße ein Hinweisschild, Achtung: „Fahrradverkehr beidseitig queren“ aufgestellt.

4. Kreuzung am Sportplatz

Kreuzung zum Sportplatz verbesserungswürdig, vor Ort gemeinsame Lösung finden.

Ergebnis: Die ehemalige Abbiegespur ist mit einer Überquerungshilfe versehen, diese wirkt auf die Bürger sehr provisorisch. Eine Änderung anhand eines Grünstreifen ist sehr aufwändig, da hierfür unter anderem Rinnenplatten und eine Entwässerung notwendig wäre.

ren. Auch eine Sperrfläche daraus zu machen ist nicht sinnvoll, da diese sehr teuer wäre und nicht notwendig, da bereits eine durchgezogene Linie vorhanden ist.

5. **Industriestraße**

Nach Beratung in der Verkehrsschau 2007 wurden drei Parkbuchten eingezeichnet. Die Erfahrung hat gezeigt, dass durch diese Parkierung im Kurvenbereich gefährliche Situationen entstanden sind.

Ergebnis: Die eingezeichneten Parkbuchten wurden bereits vollständig entfernt, damit den gefährlichen Situationen entgegengewirkt werden kann.

6. **Am Murgdamm 11a**

-Bürgerbeschwerde

Es liegen Bürgerbeschwerden über das Parken von Fahrzeugen im Bereich „Am Murgdamm“ vor, da der Bereich sehr unübersichtlich und beengt ist.

Ergebnis: Um eine Lösung zu finden sollen Parkende in der Kurve konsequent verwarnt werden. Die Anwohner sollen gebeten werden dort nicht mehr zu parken.

7. **Verschiedenes**

-Hoffelderbrücke

Die Querung durch Fahrradfahrer, auch in Bezug auf Hochwasser (Sperrung Unterführung) birgt hohe Risiken.

Ergebnis: Zur Verdeutlichung der Vorfahrtregel zu Gunsten der PKW-Fahrer, werden an allen vier Einfahrten Hinweise für Fahrradfahrer beidseitig angebracht. Damit die Sichtverhältnisse für PKW-Fahrer verbessert werden, wird der Baum auf der rechten Seite in Fahrtrichtung Plittersdorf entfernt. Des Weiteren wird der Bereich von Tempo 70 auf 50 ausgeschildert, damit die Geschwindigkeit reduziert wird. Die Fahrbahnmarkierung im Brückenbereich wird erneuert.

In den Fahrradfurten beim Sportplatz und beim Edeka sind Bodenmarkierungen (Fahrrad) zu ergänzen.

-Viehtrieberweg

Im Zuge der Dammsanierung wurde aufgrund des LKW-Verkehrs, der Fahrradweg nach hinten umgeleitet durch einen Schotterweg. Es wurde angeregt, die Radverkehrsführung nach der Dammsanierung, aufgrund der Sicherheit der Fahrradfahrer weiterhin bestehen zu lassen und vollständig auszubauen.

Ergebnis: Es liegt ein Angebot vor, den Radweg vollständig auszubauen. Den Schotterweg zu erhalten, ist keine Option, da der Schotter im Winter nicht geräumt werden kann und eine erhöhte Unfallgefahr besteht.

Der Gemeinderat nimmt den Ergebnisbericht zur Verkehrsschau 2021 zustimmend zur Kenntnis.

8. **Berichte und Anfragen**

Berichte:

Schadstellen Kreisstraße K3740

Der Zustand der Kreisstraße K3740 Richtung Rastatt ist nicht wie gewünscht. Es gab deshalb bereits vor 6 Monaten Kontakt mit dem Landratsamt. Die Schadstellen wurden daraufhin saniert und die Arbeiten zeitgleich mit Projektende Sanierung Hauptstraße abgeschlossen. Das Ergebnis war je-

doch nicht zufriedenstellend. Unter anschließender Ampelsperrung wurde nochmals nachgebessert. Da der Zustand immer noch nicht wie gewünscht ist, wird das Landratsamt nun eine externe Firma beauftragen um die Stellen korrekt auszubessern.

PFC

Die Gemeinde Steinmauern ist voraussichtlich nicht von der PFC Problematik betroffen. Weder das Trinkwasser welches an den Brunnen zur Speisung des örtlichen Trinkwassernetzes entnommen wird noch Trinkwasser auf dem Gemarkungsbereich Steinmauerns liegen in einem Gebiet welches durch PFC belastet ist. Sollte die PFC Fahne weiter Richtung Steinmauern wandern hätte man eine Vorlaufzeit von 2-3 Jahren, da diese sich ca. 400 Meter pro Jahr bewegt.

Schnakenbekämpfung:

Derzeit machen Gerüchte die Runde, die Schnakenbekämpfung würde kommendes Jahr eingestellt. Dies ist nicht so. Es gibt zwar eine Klage in dem Bereich am EuGH, die Schnakenbekämpfung wird jedoch fortgesetzt.

Anfragen:

Straßenschäden

Ein Gemeinderat weißt auf Einkerbungen im Mittelstreifen der Elchesheimer sowie Plittersdorfer Straße hin. Dies könnte zu Beschädigungen bei Frost führen. Die Gemeinde wird die Schäden ausbessern lassen.

Wiederherstellung Rheinfeldweg

Ein Gemeinderat fragt nach ob der im Zuge der Rheindammsanierung beschädigte Weg durch das RP wieder ausgebessert wird. Dies wird von Bauhofleiter bestätigt. Es handelt sich um den Rheinfeldweg. Dieser wird entsprechend dem Ergebnis der Beweissicherung wiederhergestellt. Beim kommenden Bauabschnitt 4 der Dammsanierung wird der Baustellenverkehr über den Viehtriebweg ablaufen.